

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

12.04.2018 – Anhörung zum Mobilitätsfördergesetz: Planungssicherheit für mehr Klimaschutz und Lebensqualität im Verkehr

Die GRÜNEN im Landtag freuen sich, dass das neue Mobilitätsfördergesetz der Landesregierung bei der Ausschussanhörung von den Fachleuten durchgehend begrüßt wird. „Wir geben den Kommunen Planungssicherheit für den Öffentlichen Personennahverkehr, den kommunalen Straßen- und den Radwegebau“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Schon 2011 hatten wir GRÜNE einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Kommunen Rechtssicherheit über die so genannten Entflechtungsmittel geben sollte. In Regierungsverantwortung legen wir nun die Zweckbindung fest und ersetzen die wegfallenden Bundesmittel ab dem Jahr 2020 durch Landesmittel.“

„Damit die Kommunen Planungssicherheit auch für größere Vorhaben mit langem Vorlauf bekommen, ist das Gesetz nicht befristet“, so Müller weiter. „Die Summe ist mit mindestens 100 Millionen Euro im Jahr festgelegt, das sind sogar 3,5 Millionen Euro mehr als bisher. Mit der Formulierung ‚mindestens‘ im Gesetzestext signalisiert die Landesregierung den politischen Willen zu einer weiteren Anpassung. Das haben die angehörten Fachleute positiv bemerkt. Bei den nächsten Haushaltsberatungen werden wir das sicher diskutieren. Auch die durchgängige Forderung nach einer technologieoffenen Förderung nachhaltigen Verkehrs werden wir im weiteren Verfahren diskutieren. Gerade die aktuellen Debatten zur Belastung durch Stickoxide und Feinstaub zeigen, wie wichtig es ist, Alternativen zum Autoverkehr zu schaffen, um die Luftqualität in den Städten zu verbessern. Mit den Fördermitteln können die Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und für die Gesundheit der Menschen leisten.“

„Wichtig ist uns auch, dass die Mittel gesetzlich festgelegt je zur Hälfte in den öffentlichen Nahverkehr und in die Straßen fließen – dass es in der Anhörung Forderungen sowohl für eine Verschiebung in die eine als auch in die andere Richtung gab, bestätigt uns hier. Vor Beginn der Legislaturperiode lag die Gewichtung eindeutig auf dem Straßenverkehr. Deshalb ist es auch gut, dass das Land den Förderkatalog erweitert: So können künftig auch die Erneuerung, der Bau und Ausbau von Schienenstrecken, die Anschaffung von Fahrzeugen wie zum Beispiel Elektrobussen, der

Umstieg auf effizientere Schienenfahrzeuge mit geringeren Emissionen, die Nachrüstung von Betriebshöfen und zentralen Werkstätten sowie Verleihsysteme für Fahrzeuge, also (E-)Car- Sharing und der Verleih von Fahrrädern und E-Bikes gefördert werden. Für uns GRÜNE bedeutet Mobilität für alle mehr Lebensqualität und weniger Lärm und Abgase, Staus und Verspätungen – das funktioniert nur in einem System mit unterschiedlichen und möglichst emissionsarmen Verkehrsmitteln, dank Digitalisierung gut vernetzt, das alle schnell, sicher und klimaschonend zum Ziel bringt.“

Karin Müller, MdL

12.04.2018 - (GRÜNE): Hessenkasse - Vereinbarung zwischen Land und Kommunen bringt Kommunen Unterstützung für anstehende Investitionen

„Dank der neuen Vereinbarung zwischen dem Land und den Kommunen zur Hessenkasse bekommt die Gemeinde Niestetal deutlich mehr Geld für anstehende Investitionen“, erklärt Karin Müller, die für den Landkreis Kassel zuständige Landtagsabgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Die Verbesserungen bedeuten für hessenweit 24 kreisangehörige Kommunen, die bisher kein Geld aus dem Investitionsprogramm der Hessenkasse erhalten konnten, dass sie den Mindestbetrag in Höhe von 750.000 Euro bekommen können. Das Gesamtvolumen des Investitionsprogramms, welches zum allergrößten Teil aus Landesmitteln finanziert wird, steigt von 510 auf mehr als 600 Millionen Euro.“

„Eine weitere sehr erfreuliche Verbesserung der Vereinbarung ist, dass auf die bisher geplante Fortführung der erhöhten Gewerbesteuerumlage ‚Fonds Deutsche Einheit‘ für die Finanzierung des Entschuldungsprogramms der Hessenkasse verzichtet werden kann, weil das Gesamtvolumen der Kassenkreditverschuldung der hessischen Kommunen sich inzwischen auf rund 5 Milliarden Euro reduziert hat. Damit stehen ab 2019 den hessischen Kommunen pro Jahr 60 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Auf die 30-jährige Laufzeit hochgerechnet entspricht dies einer Summe von 1,8 Milliarden Euro. Im Gegenzug erhöht das Land seine finanzielle Unterstützung bei der Übernahme der kommunalen Kassenkreditverschuldung.“

Grüne Jugend Kassel

12.04.2018 – GRÜNE JUGEND Kassel wählt neuen Vorstand

Am 10.04.2018 kam die Kreismitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Kassel in der neuen grünen Geschäftsstelle in der Motzstraße 1 zusammen, um einen neuen Vorstand zu wählen. Der geschäftsführende Vorstand besteht fortan aus der Sprecherin Gesine Graw (23), dem neu gewählten Sprecher Thomas Volmer (23) und Schatzmeister Johannes Kreuzer (22). Als Beisitzende wurden Julia Teresa Höhl (22), Merle Reichardt (20), Lisa Warwel (22) und Vincent Köpp (16) gewählt.

"Wir freuen uns sehr, dass die GRÜNE JUGEND Kassel in den letzten Monaten großen Zuwachs erfahren hat und sowohl Studierende, Auszubildende als auch Schüler*innen motiviert sind, sich politisch zu engagieren." erklären Graw und Volmer. Während der Amtszeit des neuen Vorstands werden insbesondere die Wahlkämpfe zur Landtags- und Europawahl im Fokus stehen, in denen die GJK insbesondere junge Menschen für grüne Politik begeistern möchte.

Partei Vorstand

05.04.2018 – Grüne: Das Gedenken an die Opfer des NSU ist und bleibt wichtig

„Das Gedenken an die Opfer des NSU ist und bleibt wichtig. Es ist die Aufgabe der Stadtgesellschaft und damit auch der Stadt, das Gedenken an Halit Yozgat und die neun weiteren Opfer rechtsterroristischer Gewalt hochzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass Rassismus und Extremismus hier in Kassel keinen Platz haben“, kritisieren Vanessa Gronemann und Boris Mijatovic, Sprecher*innen der Kasseler Grünen, die Entscheidung des Oberbürgermeisters, die städtische Gedenkveranstaltung aus Sicherheitsgründen abzusagen. „Gerade der 06. April ist ein Tag, um jeglicher Form von extremistischer Gewalt eine klare Absage zu erteilen.“

„Deswegen werden wir Kasseler Grünen auch am 06. April zum Halit-Platz gehen und unsere Solidarität und unser Mitgefühl den Eltern und Angehörigen gegenüber zum Ausdruck bringen. Wir stehen gegen jede Form von Gewalt, für eine offene Gesellschaft und für eine wehrhafte Demokratie. Gerade deshalb lassen wir uns diesen Gedenktag nicht nehmen“, so Gronemann und Mijatovic abschließend.